

KV-Nr.: 2484

Die Aufgabe besteht (ohne Deckblatt)
aus 8 Blatt und ist vollständig
durchnummeriert.

**Der Aufgabentext ist zu Beginn auf
Vollständigkeit zu überprüfen.**

**Der Landrat als
Kreispolizeibehörde
- Lüdenscheid -**

PI 2 - KK Meinerzhagen -

Meinerzhagen, 25.08.2000 14.15 Uhr

Tgb Nr: 855/00
Fernruf: 02354/203-0
NA: _____

AZ: _____

Polizeiinspektion 2

Meinerzhagen

Eing. 25. AUG. 2000

DSTL	FÜS	KK1	KK2	VK	LHW
------	-----	-----	-----	----	-----

Strafanzeige

Strafbare Handlung: Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr, Sachbeschädigung u.a. §§ 315 b Nr. 3, 303, 223 a StGB

Tatort: B 54 Ortseingang Meinerzhagen aus Richtung Kierspe

Tatort (Ort, Ortsteil, Straße, Platz, Hausnummer, Behördenschlüssel)

Tatzeit: Freitag, 25.08.2000 11.00 Uhr

Tatzeit(-raum) (Wochentag, Datum, Uhrzeit)

Geschädigt: 1 Mallert

Werner

Name	Geburtsname	Vorname
13.08.1967	Iserlohn	Elektriker
Geburtsort	Beruf	
58507 Lüdenscheid, Wasserstiege 3		
Wohnort	Straße	Fernruf

2 van Alten

Paul

Name	Geburtsname	Vorname
12.11.1970	Meinerzhagen	arbeitslos
Geburtsort	Beruf	
58540 Meinerzhagen, Hauptstraße 8		02354/6773
Wohnort	Straße	Fernruf

3

Name	Geburtsname	Vorname
Geburtsort	Beruf	
Wohnort	Straße	Fernruf

Beschuldigt: 1 Vallant

Herbert männlich

Name	Geburtsname	Vorname	Geschlecht
30.06.1945	Hagen	Landwirt	deutsch
Geburtsort	Beruf	Staatsangehörigkeit	
58540 Meinerzhagen, Mühlenbergstraße 3			
Wohnort	Straße	Fernruf	(ggf. Aufenthaltsort, BPA/ Pass-Nr., Ausstellungsdatum)

2

Name	Geburtsname	Vorname	Geschlecht
Geburtsort	Beruf	Staatsangehörigkeit	
Wohnort	Straße	Fernruf	(ggf. Aufenthaltsort, BPA/ Pass-Nr., Ausstellungsdatum)

3

Name	Geburtsname	Vorname	Geschlecht
Geburtsort	Beruf	Staatsangehörigkeit	
Wohnort	Straße	Fernruf	(ggf. Aufenthaltsort, BPA/ Pass-Nr., Ausstellungsdatum)

Gegenstand: Trecker mit Anhänger, Kennzeichen MK-RT 338

Schadenshöhe _____

Beweisstücke: _____

Wo versichert? _____

Erkenntnisanfrage: _____

Es erscheint der arbeitslose Paul van Alten, geb. am 12.11.1970 in Meinerzhagen und zeigt an:

Zur o.g. Zeit befuhr ich mit meinem PKW Opel Corsa, Kennz. MK-PA 970, die B 54 von Kierspe kommend in Richtung Meinerzhagen. Beifahrer vorn rechts war Konstantin Gross, wh. Sauerlandring 53, 58513 Lüdenscheid. Hinten links saß der ebenfalls geschädigte Werner Mallert.

Ich befuhr die Straße mit einer Geschwindigkeit von ca. 80 km/h, als mir ein Trecker mit Anhänger entgegenkam. Als der Trecker uns passierte, flogen winzige Steinchen o.a. gegen meinen Pkw und durch die geöffneten Fenster auch in das Fahrzeuginnere. Der Werner, der hinter mir saß, wurde von den Steinen im Gesicht getroffen.

Ich habe daraufhin angehalten und gesehen, dass meine Windschutzscheibe zwei kleine Einschläge hatte. Ich habe dann gedreht und bin dem Trecker hinterhergefahren.

Beim Hinterherfahren habe ich einwandfrei erkannt, dass sich ein am Hänger angebrachter Streuer immer noch drehte.

Nach einigen Kilometern am Ortseingang Kierspe haben wird den Trecker dann angehalten. Ich bin hingegangen und habe zu dem Fahrer gesagt, dass er doch mal aussteigen und sich mein Auto ansehen möge.

Der Mann hat die Tür gleich wieder zu gemacht und der Konstantin Gross ist hinzugekommen und meinte, ob wir gleich die Polizei rufen sollten.

Der Treckerfahrer hat die Tür wieder aufgemacht und gemeint, dass wir sie doch rufen sollten.

Ich habe ihn noch auf den Streuer angesprochen und er meinte fragend, ob der denn noch an war. Das musste er eigentlich wissen, weil er ihn inzwischen ausgemacht hat.

Der Treckerfahrer ist dann losgefahren.

Da ich selber auch einige kleine Steine abbekommen habe, stelle ich wegen der Körperverletzung und der Sachbeschädigung Strafantrag.

Geschlossen

Wern
(Weiss PK)

Paul v. Alten
(Paul van Alten)

STRAFANTRAG

Ich, Werner Mallert, stelle Strafantrag als Verletzter, wegen
Körperverletzung gegen Unbekannt.

Meinerzhagen, den 25.08.2000

Werner Mallert

**Der Landrat als
Kreispolizeibehörde
- Lüdenscheid -**

Meinerzhagen, den 25.08.2000

PI 2 - KK Meinerzhagen -

Tagebuch-Nr. 855/00

Vermerk:

Den Geschädigten wurde ein Merkblatt über die Rechte und Befugnisse von Verletzten im Strafverfahren ausgehändigt.

Der Pkw des Geschädigten van Alten wurde in Augenschein genommen.

In der Windschutzscheibe wurden zwei kleine Einschläge und auf der Haube sowie auf der linken Seite des Pkw im Lack mehrere frische Einschläge festgestellt. Im Pkw lagen noch kleine Steine (Streugut), von denen drei sichergestellt wurden.

Bei der Anzeigeerstattung wurden bei den anwesenden Paul van Alten und Werner Mallert keine sichtbaren Verletzungen bemerkt. Über ein gewisses Brennen wurde allerdings von den beiden geredet.



(Weiss, PK)

**Der Landrat als
Kreispolizeibehörde
- Lüdenscheid -**

PI 2 - KK Meinerzhagen -

- ☒ Beschuldigtenvernehmung
☐ Personalbogen ☐ Erwachsener
☐ Heranwachsender
☐ Bericht ☐ Jugendlicher
☐ Ausländer
☐ Ausländerbehörde
☐ Jugendamt
☐

Ort / Datum / Uhrzeit

01.09.2000, 14.30 Uhr

PHW	Personengebundene Hinweise (z.B. Ausbrecher, gewalttätig *)		
PFN	Familienname / Ehefrau u. Namensbestandteile Vallant	PGB	Geburtsname Vallant
PSN	Sonstige Namen	PVN	Vorname(n) Herbert
PGD	Geburtsdatum (TTMMJJJJ) 30.06.1945	PNA	Geburtsort (Kreis / Land)
PMW	Geschlecht männlich	PGO	Staatsangehörigkeit deutsch
PAT	Akademische Grade	PSP	Spitzname
ZLA	Wohnort (ggf. Aufenthaltsort)	ZVL	Familienstand verheiratet
		ZAT	Beruf Landwirt
		Beide Elternteile / Vormund mit Geburtsnamen und Anschrift V.: M.:	
BPA-/Pass-Nr., Ausstellungsdatum, Behörde			
**)			
Arbeitgeber (bei Angehörigen des öffentlichen Dienstes auch Anschrift der Dienststelle)			
Einkommensverhältnisse a) z.Zt. der Tat b) gegenwärtig			Erwerbslos seit
Ehrenämter			
Vor- u. Familiennamen des Ehegatten (auch Geburtsname) / Wohnung des Ehegatten bei versch. Wohnung / Beruf			
Kinder (Anzahl und Alter)			
Pfleger / Bewährungshelfer (Vor- und Zuname, Beruf, Wohnung)			
Schule (bei Studierenden auch Anschrift der Hochschule)			
Familienverhältnisse (Anzahl der Geschwister - Alter - Eltern geschieden)			
Noch zur Person: (u.a. Vorstrafen nach eigenen Angaben; nicht einberufener Wehrpflichtiger oder Zivildienstpflichtiger, Angehöriger der Streitkräfte, Dienstgrad, Zivildienstpflichtiger, Dienststelle mit Anschrift; Ausländer: Aufenthaltserlaubnis / Ausstellungsbehörde; Festnahme / Verbleib; zuständige StA / AZ.) nach eigenen Angaben keine Vorstrafen.			

(Unterschrift bei Personalbogen)

*) polizeiinterner Hinweis / kein Bestandteil der Vernehmung

**) Bei Beschuldigtenvernehmung hier Belehrung (Vordruck NW Pol 11a) vornehmen
NW POL 11

Zu Beginn meiner Vernehmung zur Sache ist mir eröffnet worden, welche Tat mir zur Last gelegt wird.

Ich bin darauf hingewiesen worden, daß es mir nach dem Gesetz freisteht, mich zu der Beschuldigung zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen und jederzeit, auch schon vor meiner Vernehmung, einen von mir zu wählenden Verteidiger zu befragen.

Ich bin ferner darüber belehrt worden, daß ich zu meiner Entlastung einzelne Beweiserhebungen beantragen kann.

Ich habe mich wie folgt entschieden:
Ich will aussagen.

Herbert Vallant
(Unterschrift)

Die Strafanzeige wurde mir vorgelesen.

Zu dem besagten Zeitpunkt habe ich meinen Trecker selber gefahren. Ich stelle nicht in Abrede, dass mein Großflächenstreuer noch lief, als ich von dem Feld kam.

Warum das gekommen ist, ob ich versehentlich gegen den Schalter gekommen bin oder vergessen habe, ihn auszumachen, weiß ich nicht. Als die Leute das zu mir sagten, habe ich gesehen, dass er noch eingeschaltet war.

Demzufolge kann es auch zu Beschädigungen gekommen sein. Auf dem Feld habe ich Kali gestreut. Es werden mir hier Körner gezeigt, es handelt sich um die Art, die ich auch gestreut habe.

Es ist richtig, dass ich mich mit den Leuten nicht unterhalten wollte, weil die meines Erachtens richtig aggressiv aus dem Auto gesprungen waren.

Wenn ich gefragt werde, warum ich nicht am Ort geblieben bin, als die Leute sagten, dass sie die Polizei rufen wollen, kann ich nur sagen, dass ich in dem Moment dies nicht ernst genommen habe.

Sollte ich jemanden durch mein Handeln verletzt haben, so tut es mir leid. Das bezieht sich ebenfalls auf die Sachbeschädigung. Meine Versicherung werde ich von dem Vorfall in Kenntnis setzen.

Mir werden die Personalien des Anzeigerstatters gegeben und ich werde mich mit ihm in Verbindung setzen. Vor Ort habe ich bei den anwesenden Personen keinerlei äußerliche Verletzungen gesehen.

Es war nur die Rede davon, dass ein „Hund“ etwas abbekommen habe und am Pkw Lackschäden seien.

Geschlossen:

Herbert Vallant gelesen,
genehmigt und unterschrieben:

Weiss
(Weiss, PK)

Herbert Vallant
(Herbert Vallant)

**Der Landrat als
Kreispolizeibehörde
- Lüdenscheid -**

Meinerzhagen, den 06.10.2000

PI 2 - KK Meinerzhagen -

Tagebuch-Nr.855/00

Vermerk:

Über die Polizeiinspektion Lüdenscheid wurde versucht, die Zeugen Werner Mallert und Konstantin Gross zeugenschaftlich zu vernehmen.

Der Zeuge Gross reagierte auf die Vorladung zum 02.10.2000 nicht, so dass davon auszugehen ist, dass dieser nicht bereit ist, vor der Polizei Angaben zu machen.

Herr Mallert wurde ebenfalls für den 02.10.2000 vorgeladen, aus seinem Wunsch hin wurde der Termin dann auf den 06.10.2000 verschoben. Auch zu diesem Termin erschien der Zeuge nicht und erklärte auf telefonische Anfrage, dass er kein Interesse mehr an einer Aussage habe, da sich der Anzeigeerstatter mit dem Beschuldigten geeinigt habe.

Daraufhin wurde der Geschädigte van Alten telefonisch befragt. Er erklärte, der Beschuldigte habe sich bei ihm entschuldigt und seine Versicherung eingeschaltet. Diese prüfe zur Zeit ihre Ersatzpflicht. Der Schaden belaufe sich auf insgesamt ca. 350,-- DM. Da der Schaden aber noch nicht reguliert sei, wolle er seinen Strafantrag nicht zurücknehmen, da er hierdurch Nachteile befürchte.

U. m. A.

der Staatsanwaltschaft

58086 Hagen

nach Abschluss der Ermittlungen übersandt.

Im Auftrag



(Weiss, PK)

Vermerk für die Bearbeitung

Die Entscheidung der Staatsanwaltschaft ist vorzuschlagen.

Sollten weitere Ermittlungen für erforderlich gehalten werden, so ist davon auszugehen, dass diese durchgeführt worden sind und keine neuen Gesichtspunkte ergeben haben.

Im Falle einer Anklage braucht der Anklagesatz nicht formuliert zu werden. Es genügt die Angabe, vor welchem Gericht wegen welcher Straftaten Anklage erhoben werden soll. Entsprechendes gilt bei einem Antrag auf Erlass eines Strafbefehls; ein Vorschlag zum Strafmaß ist dabei entbehrlich.

Im Falle einer Einstellung genügt der zusammenfassende Vorschlag, warum und aufgrund welcher Vorschriften das Verfahren eingestellt werden soll.

Straftaten außerhalb des StGB und Ordnungswidrigkeiten sind nicht zu prüfen.

Es ist davon auszugehen, dass der Beschuldigte strafrechtlich noch nicht in Erscheinung getreten ist.

Dem Vortrag liegt der Austauschvortrag 4091 des Landesjustizprüfungsamtes Niedersachsen zugrunde. Dieser Vermerk erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und stellt keine Musterlösung dar. Er soll lediglich auf die Probleme hinweisen, die das Prüfungsamt veranlasst haben, die Aufgabe für einen Aktenvortrag auszugeben.

A. Gutachten: hinreichender Tatverdacht

I. Sachbeschädigung §§ 303 I, 303 c StGB

Der Geschädigte van Alten (A) dürfte i.S.d. § 303 c StGB fristgerecht (§ 77 b I StGB) und formwirksam (§ 158 StPO) Strafantrag gestellt haben. Wie der Beschuldigte Vallant (V) selbst einräumt, könnte es durch ein eingeschaltetes Streugerät zu Beschädigungen gekommen sein, die anhand der Angaben des A und der Überprüfung durch PK Weiss am Pkw des A zu belegen sein dürften. Dem V dürfte jedoch nicht zu widerlegen sein, dass er entweder versehentlich das Gerät eingeschaltet oder bei Verlassen des Feldes das Ausschalten vergessen hat, und damit lediglich ein fahrlässiges Verhalten in Betracht kommen dürfte. Eine fahrlässige Sachbeschädigung ist nicht strafbar.

II. Eine vorsätzliche Körperverletzung, § 223 I StGB, dürfte aus den o.g. Gründen ebenfalls ausscheiden.

III. Fahrlässige Körperverletzung, § 229 StGB

Die erforderlichen Strafanträge der Geschädigten A und Mallert (M) i.S.d. § 230 I 1 StGB liegen vor. Der M könnte jedoch durch seine Weigerung vor der Polizei auszusagen, da er hieran kein Interesse mehr hat, den Strafantrag zurückgenommen haben. Gem. § 77 d I StGB ist eine Rücknahme möglich. Diese bedarf keiner Form und kann auch mündlich gegenüber der Polizei erklärt werden (vgl. Tröndle-Fischer, StGB⁴⁹, § 77 d, Rdn. 2). Inhaltlich genügt die zweifelsfreie Erkennbarkeit des Willens, dass der Antragssteller die Verfolgung nicht mehr will (vgl. Tröndle-Fischer, § 77 d, Rdn. 3). Die Erklärung des M dürfte hier auf eine Rücknahme zielen. Da neben dem Fehlen des Verfolgungsinteresses des Geschädigten auch keine weiteren Umstände die Bejahung des besonderen öffentlichen Interesses gebieten dürften, dürfte eine eventuelle fahrlässige Körperverletzung z. N. des M nicht verfolgbar sein. Eine objektive Sorgfaltspflichtverletzung des V dürfte durch das Nichtausschalten oder versehentliche Einschalten der Streuanlage zu begründen sein. Fraglich dürfte hingegen sein, ob hierdurch eine Körperverletzung des A verursacht worden ist. Eine Gesundheitsbeschädigung, d. h. ein Hervorrufen eines pathologischen Zustands (vgl. Tröndle-Fischer, § 223 Rdn. 6), dürfte schon deshalb nicht ersichtlich sein, da der A äußerlich keinerlei Verletzungen aufweist. Eine körperliche Misshandlung, d.h. eine üble, unangemessen Behandlung, die das körperliche Wohlbefinden oder die körperliche Unversehrtheit nicht nur unerheblich beeinträchtigt (vgl. Tröndle-Fischer, § 223 Rdn. 3), dürfte hinsichtlich der körperlichen Unversehrtheit mangels erkennbarer Spuren nicht anzunehmen sein. Aber auch das körperliche Wohlbefinden muss in einem nicht nur unerheblichen Maße beeinträchtigt worden sein. Nach Angaben des A ist dieser durch einige kleine Steine getroffen worden, die ein „gewisses Brennen“ verursacht haben sollen. Diese Angaben dürften, zumal M der Hauptleittagende gewesen sein dürfte, so indifferent sein, dass im Rahmen des hinreichenden Tatverdachts die Erheblichkeitsschwelle bei A nicht überschritten sein dürfte. Eine fahrlässige Körperverletzung dürfte daher ausscheiden.

IV. Unfallflucht, § 142 StGB

V war als Fahrer der Zugmaschine mit Anhänger Unfallbeteiligter. Ein Unfall, d. h. ein plötzliches Ereignis im Straßenverkehr, das mit dessen typischen Gefahren zusammenhängt und unmittelbar zu einem nicht völlig belanglosen Sachschaden (oder Personenschaden) führt (vgl. Tröndle-Fischer, § 142 Rdn. 9), dürfte vorliegen, indem vom Trecker des V aus das Fahrzeug des A an Lack und Scheibe beschädigt wurde. Die Bagatellgrenze von ca. 40,-- DM (vgl. Tröndle-Fischer, § 142, Rdn. 11) ist bei anzunehmenden Reparaturkosten in Höhe von 350,-- DM überschritten. Dem V dürfte jedoch nicht zu widerlegen sein, dass er im Zeitpunkt der Schadensverursachung, sprich am Unfallort, den Eintritt des Schadens nicht bemerkt und sich damit vorsatzlos entfernt hat. Der nachträglich gefasste Vorsatz nach dem Anhalten, sich zu entfernen, dürfte von § 142 I StGB nicht erfasst werden, da nur ein Sich-Entfernen vom Unfallort selbst tatbestandsmäßig ist. Es könnte jedoch § 142 II Nr. 2 StGB eingreifen. Fraglich ist jedoch die Anwendbarkeit dieser Alternative, da der V weder berechtigt noch entschuldigt, sondern mit Vorsatz weitergefahren ist. Die Anwendbarkeit dürfte jedenfalls dann zu bejahen sein, wenn der Unfallbeteiligte noch in einem zeitlichen und räumlichen Zusammenhang von dem Unfall erfährt, wobei z. B. bei einer Entfernung von 300 m die Voraussetzungen als gegeben anzusehen sein dürften. Nach der Aussage des A wurde der Trecker erst nach einigen Kilometern angehalten. Diese Entfernung dürfte nicht mehr ausreichen, sodass auch § 142 II Nr. 2 StGB nicht eingreifen dürfte.

Mit einer entsprechenden Begründung dürfte auch ein anderes Ergebnis vertretbar sein.

B. Prozessuales Gutachten

Das Verfahren dürfte gem. § 170 II StPO einzustellen sein. Im Falle der Einstellung erhält der V eine Einstellungsnachricht, A einen Einstellungsbescheid, der im Falle des § 170 II StPO eine Rechtsmittelbelehrung gem. § 171 StPO enthalten müsste, soweit nicht Privatklagedelikte i.S.d. § 374 StPO betroffen sind.

Bei Annahme einer Unfallflucht könnte an eine Einstellung gem. § 153 StPO gedacht werden, allenfalls an einen Strafbefehl i.S.d. §§ 407 ff. StPO. Bei einer Einstellung gem. § 153 dürfte eine Rechtsmittelbelehrung gem. § 172 II StPO entbehrlich sein.